Satzung
über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die
Entwässerung der Stadt Borkum
(Entwässerungsabgabensatzung)
vom 14.12.2017

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226) und der §§ 2, 5, 6 und 8 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), hat der Rat der Stadt Borkum in seiner Sitzung vom 14.12.2017 folgende Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Entwässerung der Stadt Borkum (Entwässerungsabgabensatzung) beschlossen:

Abschnitt I

§ 1

Allgemeines

Die Stadt erhebt nach Maßgabe dieser Satzung

- a) Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die öffentliche Entwässerungsanlage (Kanalbaubeiträge),
- b) Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Entwässerungsanlage (Kanalbenutzungsgebühren, Niederschlagswassergebühren sowie Gebühren für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen [abflusslose Gruben und Hauskläranlagen])
und
- c) die Kosten für Grundstücksanschlüsse.

Abschnitt II

Kanalbaubeiträge

§ 2

Grundsatz

- (1) Die Stadt erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Kanalbenutzungsgebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der öffentlichen Entwässerungsanlage Kanalbaubeiträge als Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme gebotenen besonderen wirtschaftlichen Vorteile. Dabei wird unterschieden nach Anschlüssen an den Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal und Mischwasserkanal.
- (2) Der Kanalbaubeitrag deckt nicht die Kosten für die Grundstücksanschlüsse.

§ 3

Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen werden können und für die
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,

- b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
- (2) Bei Grundstücken im Sinne von Abs. 4, für die nach Abs. 1a) und b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung anstehen, wegen ihrer Breite, Länge und Größe tatsächlich aber weder bebaut noch gewerblich nutzbar sind, ruht die Beitragspflicht bis zum Wegfall der genannten Hindernisse, die einer baulichen oder gewerblichen Nutzung entgegenstehen.
- (3) Wird ein Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht erfüllt sind.
- (4) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder Grundbesitz, der eine selbständige Einheit nach dem Bewertungsgesetz bildet.

§ 4

Beitragsmaßstab und Beitragssatz für den Kanalbaubeitrag

- (1) Der Kanalbaubeitrag wird
 - a) für den Schmutzwasser- und für den Mischwasserkanal nach der Fläche, die sich durch Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der zulässigen Geschossflächenzahl ergibt,
 - b) für den Regenwasserkanal nach der überbaubaren Fläche berechnet.
- (2) Als Grundstücksfläche im Sinne des Abs. 1 a) gilt:
 1. Bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die Fläche, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzung bezieht;
 2. bei Grundstücken, die über die Grenze des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfeststellung bezieht;
 3. wenn ein Bebauungsplan nicht besteht oder der Bebauungsplan eine andere als die bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht
 - a) bei Grundstücken, die an die Straße angrenzen, die Fläche von der Straße bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m,
 - b) bei Grundstücken, die nicht an die Straße angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit dieser verbunden sind, die Fläche von der zu der Straße liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m.

In den Fällen des Abs. 2 Nr. 1 – 3 ist bei darüber hinausgreifender baulicher oder gewerblicher Nutzung des Grundstückes zusätzlich die Tiefe der übergreifenden Nutzung zu berücksichtigen.

- (3) Die zulässige Geschossflächenzahl wird durch den Bebauungsplan festgesetzt. Ist die zulässige Geschossflächenzahl überschritten, gilt die tatsächliche Geschossflächenzahl. In Gebieten, für die ein Bebauungsplan nicht besteht, wird als zulässige Geschossfläche für bebaute Grundstücke die tatsächlich vorhandene Geschossfläche und als Geschossflächenzahl für unbebaute Grundstücke die in der durchschnittlichen Bebauung der Grundstücke in der näheren Umgebung ermittelte Geschossflächenzahl zugrunde gelegt. In den Fällen des § 33 des Baugesetzbuches (Vorhaben während der Planfeststellung) ist die zulässige Geschossfläche nach dem Stand der Planungsarbeiten zu ermitteln. In den Fällen des § 34 des Baugesetzbuches (Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) wird die zulässige Geschossfläche nach der durchschnittlichen Bebauung der Grundstücke in der näheren Umgebung berechnet.

Befinden sich in der näheren Umgebung Fremdkörper oder Ausnahmefälle, so werden diese in die Berechnung der zulässigen Geschossflächenzahl nicht mit einbezogen. Bei Fremdkörpern und Ausnahmefällen ist die tatsächliche Geschossflächenzahl des betreffenden Grundstücks anzusetzen.

Unabhängig von einer Festsetzung im Bebauungsplan gilt bei selbständigen Garagen und Einstellplatzgrundstücken die Zahl 0,5 und bei überwiegend Gewerbebezwecken dienenden Grundstücken für die eine bauliche Nutzung nicht zugelassen ist, die Zahl 0,8 als zulässige Geschossflächenzahl. Für Grundstücke, für die in einem Bebauungsplan anstelle einer Geschossflächenzahl eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt als Geschossflächenzahl ein Drittel der Baumassenzahl.

(4) In allen anderen Fällen gelten die nachstehenden Zahlen als zulässige Geschossflächenzahlen:

a)	Bei Kleinsiedlungen in jeden Fall	= 0,3
b)	bei überwiegend Wohnzwecken dienenden Grundstücken,	
	bei 1 Vollgeschoss	= 0,5
	bei 2 Vollgeschossen	= 0,8
	bei 3 Vollgeschossen	= 1,0
	bei 4 und mehr Vollgeschossen	= 1,1
c)	Bei selbständigen Garagen und Einstellplatzgrundstücken in jedem Fall	= 0,5
d)	Bei überwiegend Gewerbebezwecken dienenden Grundstücken ohne bauliche Nutzung	= 0,8
	bei 1 Vollgeschoss	= 1,0
	bei 2 Vollgeschossen	= 1,6
	bei 3 Vollgeschossen	= 2,0
	bei 4 und mehr Vollgeschossen	= 2,2

Sofern ein Vollgeschoss eine lichte Höhe von mehr als 5 m hat, gilt abweichend von der vorstehenden Regel einheitlich die Geschossflächenzahl 2,2.

(5) Die überbaubare Fläche im Sinne des Absatzes 1 b) wird

1. im Bereich eines Bebauungsplanes nach § 23 Baunutzungsverordnung,
2. in allen übrigen Fällen nach § 24 der Baunutzungsverordnung bestimmt.

(6) Der Kanalbaubeitrag beträgt für jeden qm der nach den Absätzen 1 – 5 berechneten Beitragsfläche bei einem Anschluss an den

a)	Schmutzwasserkanal	2,30 €
b)	Regenwasserkanal	2,58 €
c)	Mischwasserkanal	2,71 €

(7) Unberührt von den Absätzen 1 – 5 bleiben Vereinbarungen, nach denen der Anschlussnehmer zusätzliche Aufwendungen der Stadt zu tragen hat, die durch die besondere Lage des Grundstücks oder durch Menge und Beschaffenheit der einzuleitenden Abwässer oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erforderlich werden.

§ 5

Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Zustellung des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist.

Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner. Als Eigentümer eines Grundstückes gilt, wem das Grundstück nach der letzten Einheitsbewertung des Finanzamtes zugerechnet worden ist. Es sei denn, der Eigentumswechsel wird anhand eines Grundbuchauszuges nachgewiesen.

- (2) Bei Rechtsnachfolge gehen alle Verpflichtungen auf den Rechtsnachfolger über. Die etwaige persönliche Haftung des Rechtsvorgängers bleibt hiervon unberührt.

§ 6

Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit dem Zeitpunkt, zu dem die Grundstücke angeschlossen werden können oder der Beendigung der sonstigen beitragsfähigen Maßnahme (§ 2 Abs. 1 Satz 1). Die Stadt stellt den Zeitpunkt durch Ratsbeschluss fest.
- (2) Beiträge können für einzelne Teile der öffentlichen Entwässerungsanlage selbstständig erhoben werden, sobald diese Teile benutzbar sind. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Im Falle des § 3 Abs. 3 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung.

§ 7

Vorausleistungen

Auf die künftige Beitragsschuld werden angemessene Vorauszahlungen veranlagt, sobald mit der Durchführung der Baumaßnahme begonnen worden ist.

§ 8

Veranlagung und Fälligkeit

Der Kanalbaubeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Zustellung des Bescheides fällig.

Das Gleiche gilt für die Erhebung einer Vorausleistung.

Abschnitt III

Kanalbenutzungsgebühr, Niederschlagswassergebühren, Gebühren für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen

§ 9

Grundsatz

- (1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Entwässerungsanlage wird eine Kanalbenutzungsgebühr für die Grundstücke und mobilen Anlagen erhoben, die an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen sind oder in diese entwässern. Soweit der Aufwand durch Kanalbaubeiträge gedeckt wird, werden Gebühren nicht erhoben.
- (2) Die Kosten für die Beseitigung des Niederschlagswassers der öffentlichen Verkehrsanlagen trägt die Stadt Borkum.
- (3) Die Gebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser sowie für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen (abflusslose Gruben und Hauskläranlagen) werden getrennt und nach verschiedenen Maßstäben berechnet.

§ 10

Gebührenmaßstab für Kanalbenutzungsgebühr (Schmutzwasser)

- (1) Die Kanalbenutzungsgebühr wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 Kubikmeter Abwasser.

- (2) Als in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangt gelten:
- a) die dem Grundstück aus öffentlichen und privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wassermesser ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
 - c) das auf dem Grundstück gewonnene Grundwasser (Grundwasserabsenkung),
 - d) die aus mobilen Anlagen zugeführten und durch Wassermesser ermittelte Wassermengen. Ausgenommen hiervon ist die Beseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen.
- (3) Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.
- (4) Die Wassermenge nach Abs. 2 b), 2 c) und 2 d) hat der Gebührenpflichtige der Stadt für den abgelaufenen Bemessungszeitraum in einem Kalenderjahr innerhalb der folgenden zwei Monate anzuzeigen. Sie sind durch Wassermesser nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wassermesser müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Stadt auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (5) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Entwässerungsanlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt, wenn sie im Kalenderjahr 200 cbm übersteigen. Der Antrag ist nach Ablauf dieses Zeitraumes innerhalb zweier Monate bei der Stadt einzureichen. Für den Nachweis gilt Abs. 4 Satz 2 – 4 sinngemäß. Zuviel erhobene Gebühren sind zu verrechnen oder zu erstatten.

§ 11

Gebührenmaßstab für Niederschlagswasser

- (1) Die Gebühr für die Beseitigung von Niederschlagswasser wird nach der überbauten und versiegelten Grundstücksfläche des an die städtische Entwässerung mittelbar oder unmittelbar angeschlossenen Grundstücks berechnet. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 Quadratmeter.
- (2) Zur Berechnung der Gebühr werden die überbauten und versiegelten Flächen herangezogen, die nicht über eine selbstständige Versickerungs- bzw. Verrieselungsanlage entwässern.
- (3) Der Gebührenpflichtige hat der Stadt Borkum die Berechnungsgrundlagen und ihre Änderungen innerhalb eines Monats nach Eintritt der Gebührenpflicht oder der Änderung mitzuteilen. Kommt der Gebührenpflichtige seiner ihm obliegenden Meldepflicht nicht fristgemäß nach, so kann die Stadt den Umfang der bebauten und befestigten Grundstücksfläche schätzen.

§ 12

Gebührenmaßstab für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslose Gruben)

Für das Einsammeln, die Abfuhr und Beseitigung von Fäkalschlamm aus Hauskläranlagen und Abwasser aus abflusslosen Gruben wird eine Gebühr für den Abwassertransport und Gebühren je Kubikmeter beseitigter Menge erhoben. Der Gebührenpflichtige hat die Abfuhr mindestens 1 Mal Jährlich zu veranlassen.

§ 13

Gebührensätze

- (1) Die Kanalbenutzungsgebühr beträgt für jeden vollen Kubikmeter Abwasser 1,60 €.
- (2) Die Abwassergebühr für Niederschlagswasser beträgt 0,60 €/m² der bebauten und versiegelten Fläche.
- (3) Der Gebührensatz für die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen beträgt:
 - a) für das Einsammeln und die Abfuhr je Stunde 225,00 €
 - b) für die Beseitigung von Abwasser oder Fäkalschlamm auf der Kläranlage je Kubikmeter 32,00 €

§ 14

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte des angeschlossenen Grundstücks. Gebührenpflichtige sind außerdem Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (2) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalenderjahres auf den neuen Verpflichteten über. Wenn der bisher Verpflichtete die Mitteilung hierüber versäumt, so haftet er für die Gebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Stadt entfallen, neben dem neuen Verpflichteten.
- (3) § 5 Abs. 1 Satz 4 gelten für Abs. 1 und 2 entsprechend.

§ 15

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen ist oder der öffentlichen Entwässerungsanlage von dem Grundstück/ einer mobilen Anlage Abwasser zugeführt wird. Sie erlischt, sobald der Grundstücksanschluss beseitigt wird, oder die Zuführung von Abwasser endet.
Der Nachweis obliegt dem Gebührenpflichtigen § 14 (1). § 14 (2) und (3) gelten entsprechend.
- (2) Bei nicht leitungsgebundener Entsorgung nach § 12 entsteht die Gebührenpflicht mit Abfuhr des Fäkalschlammes und Abwassers.

§ 16

Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr, in dem die Gebührenschuld entsteht.
- (2) Soweit die Gebühr nach den durch Wassermesser ermittelten Wassermengen erhoben wird (§ 10 Abs. 2 a), ist der Zeitraum vom 01.01. bis 31.12. des Vorjahres Grundlage für die Abrechnung und gilt als Erhebungszeitraum. Abweichend hiervon wird auf Nachweis des Gebührenzahlers eine andere Ableseperiode Grundlage für die Abrechnung und gilt dann als Erhebungszeitraum. Die Stadt kann die Wirtschaftsbetriebe der Stadt NSHB Borkum mit der Ermittlung der gebührenrelevanten Daten nach Satz 1 und 2 sowie der Übermittlung der Daten an die Stadt beauftragen.

§ 17

Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes endgültig abzurechnende Gebühr sind vierteljährlich Abschlagszahlungen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des laufenden Jahres zu leisten. Die Höhe der Abschlagszahlungen wird von der Stadt Borkum durch Bescheid nach der Abwassermenge des Vorjahres festgesetzt. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.
- (2) Entsteht die Gebührenpflicht erstmalig im Laufe eines Kalenderjahres, so wird die Abschlagszahlung in der voraussichtlichen Höhe festgesetzt. Die Stadt kann dabei den tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats der Berechnung zugrunde legen oder den voraussichtlichen Verbrauch nach dem Verbrauch vergleichbarer anderer Abnehmer festsetzen. Entsteht die Gebührenpflicht einmalig erfolgt die Abrechnung nach der tatsächlichen Wassermenge. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Zugang des Gebührenbescheides zu zahlen. Ist im Gebührenbescheid ein anderer Zeitpunkt für die Fälligkeit angegeben, so gilt dieser.
- (3) Die Niederschlagswassergebühren werden mit den anderen Grundstücksabgaben erhoben. Sie werden am 15.02., 15.05, 15.08 und 15.11. zu je ¼ ihres Jahresbetrages fällig. Entsteht oder ändert sich die Gebührenpflicht im Laufe eines Kalendervierteljahres, so ist die für dieses Kalendervierteljahr zu entrichtende Gebühr innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe zu entrichten.
- (4) Die Gebühr für die Übernahme von Fäkalschlamm aus Hauskläranlagen und aus abflusslosen Gruben wird unmittelbar nach Durchführung erhoben und ist 4 Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (5) Die Stadt Borkum kann Dritte mit der Einziehung der Gebühren beauftragen. Die Fälligkeit der Gebühr und der Ablesezeitraum richten sich dann nach den Vorschriften über die Erhebung des Wassergeldes. Die Vorschriften über die Einlegung eines Widerspruchs bleiben unberührt.

Abschnitt IV

Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse

§ 18

Entstehen des Erstattungsanspruchs

Die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Reinigung der Anschlusskanäle an die öffentliche Abwasseranlage sind der Stadt Borkum in der tatsächlichen Höhe zu erstatten.

Die Reinigungskosten sind nur zu erstatten, wenn die Reinigung durch das Verschulden des Grundstückseigentümers oder durch Umstände, die er zu vertreten hat, erforderlich geworden ist. § 5 gilt entsprechend.

Der Erstattungsanspruch entsteht mit Beendigung der Maßnahme.

§ 19

Fälligkeit

Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Zustellung des Bescheides fällig.

Abschnitt V

Rechte und Pflichten

§ 20

Auskunftspflicht

- (1) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben der Stadt Borkum und deren Bevollmächtigten jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist.
- (2) Die Stadt kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Abs. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen.

§ 21

Anzeigepflicht

- (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Stadt Borkum, Finanzabteilung, schriftlich anzuzeigen. Diese Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.
- (3) Ist zu erwarten, dass sich im Laufe des Kalenderjahres die Abwassermenge um mehr als 50 v.H. der Abwassermenge des Vorjahres erhöht oder ermäßigt, so hat der Abgabepflichtige hiervon der Stadt unverzüglich Mitteilung zu machen.

§ 22

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 1. § 10 Abs. 4 die Wassermenge für den abgelaufenen Bemessungszeitraum nicht innerhalb der folgenden zwei Monate angezeigt,
 2. § 10 Abs. 4 die erforderliche Wasserzähler oder Abwassermengengeräte nicht einbaut,
 3. § 11 Abs. 3 der Stadt die überbaute und versiegelte Grundstücksfläche, die an die öffentliche Niederschlagswasseranlage angeschlossen ist, sowie Änderungen an der Größe dieser Flächen nicht mitteilt,
 4. § 12 die Leerung nicht mindestens 1 Mal jährlich veranlasst,
 5. § 20 Abs. 1 die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,
 6. § 21 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- € geahndet werden.

§ 23

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Satzung über die Erhebung von Beträgen und Gebühren für die Entwässerung der Stadt Borkum (Entwässerungsabgabensatzung) vom 02.06.1975 in der Fassung der 14. Änderung vom 24.09.2015 und die Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) vom 21.09.1987 in der Fassung vom 31.07.2001 außer Kraft.

Borkum, den 14.12.2017

Stadt Borkum

Lübben
(Bürgermeister)

LS